



## KfW-Förderstopp zurücknehmen



**Der plötzliche Förderstopp für energieeffiziente Gebäude sorgt für große Verunsicherung bei privaten Bauherren und Fragezeichen bei wichtigen Investitionen. Fest eingeplante Finanzierungen sind nun geplatzt – die betroffenen Menschen hängen in der Luft.**

Die Entscheidung der Ampel-Koalition mit Wirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck zum sofortigen und vollständigen Abbruch der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) der KfW sei fatal und ein falsches Signal für den Klimaschutz und die Planungssicherheit von Bauvorhaben, kritisiert deshalb die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

„Besonders ärgerlich ist das plötzliche Aus der KfW-Förderkredite für Bauherren, die bereits Anträge auf die gestoppte Förderung gestellt oder sich bei ihren Planungen auf Förderungen verlassen haben. Das ist nicht hinnehmbar und muss schleunigst von Bundeswirtschaftsminister Habeck korrigiert werden“, fordert Dr. Günter Krings MdB, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW im Deutschen Bundestag.

Die Bundesregierung müsse auch mehr als bloß vage eine Anschlussförderung ankündigen, sondern sehr konkret deutlich machen, was unter welchen Bedingungen in welchem Umfang künftig gefördert werde: „Darauf beruhen die Planungen von vielen privaten Bauherren und Familien, die nun in der Luft hängen. Baupolitik braucht verlässliche politische Rahmenbedingungen. Das Vertrauen beschädigt die Ampel nun leider nachhaltig, wenn sie vielen Eigentümern und Bauherren von heute auf morgen den Boden unter den Füßen wegzieht,“ so Dr. Günter Krings.

Die CDU-Landesgruppe NRW befürchtet auch massive Folgen für den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Die Entscheidung torpediert Ziele wie bezahlbares Wohnen und Energieeffizienz. Faktisch wird Bauen und Wohnen durch diese Entscheidung der Ampel-Koalition teurer oder die Bundesregierung macht wichtigen neuen Bauvorhaben sogar komplett einen Strich durch die Rechnung.

Vor allem die Grünen sind leider bereits mehrfach mit Maßnahmen aufgefallen, die den Bau von Wohneigentum gerade für Einfamilienhausbesitzer erschweren – hier handelt es sich offenbar um einen ideologischen Kampf gegen das Eigenheim. Betroffen sind auch viele Betriebe und Firmen, die nun unsicher sind, ob geplante Projekte nun auch auf die Baustelle kommen.

Die Zahlen, die Bundesminister Habeck gestern selbst genannt hat, sprechen außerdem für sich: 24.000 gestellte Anträge auf die KfW-Förderung werden nicht bewilligt, 22.000 davon stammen von Privathaushalten.

Foto: Pixabay/Capri23auto

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



wenn sich die Bundesregierung in einer der zentralen Fragen in der größten Krise der Nachkriegszeit weigert, eine Position zu beziehen oder einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, dann kann ich dies nur als "Flucht aus der Verantwortung" bezeichnen. Die Ampel-Koalition

hat auch auf die kleine Anfrage der Unionsfraktion zur allgemeinen Impfpflicht verspätet und unzureichend geantwortet. Wer wie oft geimpft, wie die Pflicht umgesetzt und kontrolliert werden soll, bis wann sie gelten und welche Ausnahmen es geben soll – all diese Fragen bleiben offen.

Das Ob und Wie einer solchen Impfpflicht muss aber wohl überlegt sein. Es ist zwar nur ein kleiner Piki, den wir Menschen zumuten, aber es bleibt ein Grundrechtseingriff. Eine Impfpflicht muss also verfassungsrechtlich und politisch gut begründet sein und dabei insbesondere drei Fragen beantworten. Welches Ziel verfolgen wir mit ihr? Das Verfassungsgericht hat jedenfalls festgestellt, dass die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitssystems so wichtig ist, dass der Gesetzgeber handeln darf und soll, um dessen Überlastung zu verhindern. Zweitens muss die Impfpflicht geeignet sein, um im weiteren Verlauf der Epidemie auch einen Unterschied zu machen. Und drittens setzt eine Impfpflicht voraus, dass sie auch administrierbar, durchsetzbar und notfalls auch sanktionierbar ist. Andernfalls wäre sie rechtlich schwer haltbar und würde gesellschaftlich nicht akzeptiert.

Und gerade an diese Verantwortung habe ich die Regierung bei meiner Rede im Rahmen der Orientierungsdebatte zur allgemeinen Corona-Impfpflicht erinnert. Auch wegen der Zögerlichkeit der Bundesregierung kommt für die aktuelle Omikron-Variante eine Impfpflicht offensichtlich zu spät. Aber es ist leider nicht auszuschließen, dass weitere Corona-Wellen kommen werden.

Was wir deshalb brauchen, ist eine vorausschauende und vorsorgende Politik und das heißt für mich: Erlass eines Vorrats-Gesetzes, das eine allgemeine Impfpflicht noch nicht unmittelbar einführen muss, mit dem wir aber vorbereitet sind. Sobald sich die Notwendigkeit einer Impfpflicht abzeichnet, kann dann eine allgemeine oder partielle Impfpflicht mit einem einfachen Bundestagsbeschluss scharf geschaltet werden.

Und aus Vorsorge-Gründen müssen wir jetzt ein nationales Impfreister aufbauen. Dazu muss die neue Bundesregierung ihre Blockadehaltung gegen ein solches Register schnellstens aufgeben. Durch ein Impfreister können wir mehr zur Impfsituation in Deutschland wissen, Menschen gezielt zum Impfen ermutigen und auch für die Durchsetzung einer möglichen Impfpflicht gut vorbereitet zu sein.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon



## CDU-Landesgruppe NRW zollt Ralph Brinkhaus Respekt

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe NRW, Dr. Günter Krings MdB, zollt im Namen der gesamten Landesgruppe dem bisherigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, Respekt für seine gestrige Entscheidung, nicht wieder für den Fraktionsvorsitz anzutreten und diesen an den designierten CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz abzugeben.

Dr. Günter Krings: „Damit hat Ralph Brinkhaus einmal mehr gezeigt, dass ihm die Union wichtiger als seine Person ist. Somit trägt er entscheidend zur Einigkeit der Union bei und lässt uns den Fokus auf die vor uns liegenden Aufgaben lenken. Insbesondere dankt die Landesgruppe ihm dafür, dass er die Fraktion seit Herbst 2018 durch schwierige Zeiten geführt hat. Nicht zuletzt hat er die Fraktion sowohl politisch als auch organisatorisch modernisiert. Ich bin mir sicher, dass Ralph Brinkhaus uns auch in Zukunft mit seinem Fachwissen zur Seite stehen wird.“

Foto: Tobias Koch

## Mahnung gegen Menschenverachtung



### Wilfried Oellers: Gedenken an systematische Massenermordung von Menschen mit Behinderung ist Mahnung gegen Menschenverachtung

Nach der gestrigen Gedenkstunde des Deutschen Bundestages an die Opfer des Nationalsozialismus haben der Teilhabebeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wilfried Oellers, und der frühere Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe, an der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Verbrechen im Nationalsozialismus in der Tiergartenstraße 4 einen Kranz der CDU/CSU niedergelegt. Dazu sagt Wilfried Oellers Folgendes:

„Die systematischen Ermordungen von Menschen mit Behinderung durch die Nationalsozialisten sind ein besonders schmerzhafter Teil unserer Geschichte. Auch weil es Widerstand hiergegen nur vereinzelt gab und viele zu den schon sehr früh sichtbaren Verbrechen schwiegen. Die Stigmatisierung von Behinderten als ‚lebensunwert‘, die Zwangssterilisationen und systematische Massenermordung müssen uns Warnung und Mahnung sein, gegen menschenverachtendes und diskriminierendes Handeln und Reden, auch im Netz.“

Foto: Frank Thelen

## Union fordert klare Haltung gegenüber Russland Merz vermisst bei Scholz Führung in der Ukraine-Krise



In der Ukraine-Krise hat die Unionsfraktion die Bundesregierung zu einer klaren und entschlossenen Haltung gegenüber Russland aufgefordert. Deutschland müsse im Schulterschluss mit den westlichen Partnern an der Seite der Ukraine stehen, verlangten die Abgeordneten von CDU und CSU in einer Bundestagsdebatte. Der gewählte CDU-Chef Friedrich Merz warf Bundeskanzler Olaf Scholz Unschlüssigkeit vor: „Sie führen nicht – weder in Deutschland noch in Europa.“

„Es droht ein Krieg in einem Teil unseres Kontinents“, warnte Merz. In einer solch ernstesten Lage sei es zu erwarten gewesen, dass Scholz eine Regierungserklärung vor dem Bundestag abgeben würde. Stattdessen habe die Unionsfraktion als Opposition eine Debatte dazu beantragen müssen. Nicht nur die Opposition, auch die Menschen im Land erwarteten jedoch, dass die Regierung eine klare Einschätzung der Lage abgebe und die Konsequenzen für Deutschland und Europa aufzeige.

Der CDU-Vorsitzende kreidete Scholz an, dass er es geschafft habe, in den USA Zweifel an der Zuverlässigkeit Deutschlands im Bündnis entstehen zu lassen. Außerdem übe der Kanzler zu viel Zurückhaltung gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dabei sei klar, „dass diese Gefährdung des Friedens in Europa ausschließlich von der Russischen Föderation, ausschließlich von Putin ausgeht“.

Foto: Björn Lulf

### Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2022,  
28. Januar 2022

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck